No. 85. — 57. Jahrgang.

Erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin:
75 Pf. monatlich
frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25
Abonnementspreis für auswärts
bei Bezug durch die Post:
monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40
Insertionspreis für die Zeile 40 Pf.
Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Kleine Anzeigen: das Wort . . . 4 „
Das fette Ueberschriftswort . . . 10 „

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe

Sonnabend, 20. Februar 1909

Haupt-Expedition:
SW. Jerusalemer Straße 46/49
Telephon: Amt I, Nr. 10181–10148.
Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Wienerstr. 1–6, Petersburgerstr. 2, Große Frankfurterstr. 31 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Yorkstr. 31, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstr. 27 (am Weddingpl.), Königstr. 56/57, Karlsruherstr. 3 (gegenüber d. Kriminalgericht), Potsdamerstr. 33, Bayreutherstr. 32, Leipzigerstr. 103, Blücherstr. 69 (Ecke Johannistisch), Rixdorf, Berlinerstr. 41 (Ecke Münchenerstr.), Schöneberg, Hauptstr. 155, Charlottenburg, Kantstr. 34, Pankow, Bornholmerstr. 1, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, Königs-Chaussee 61b.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Hierzu die Illustrierte Sonntagsbeilage Nr. 8.

Die Armee der Bestraften.

Der neuerschienene Band 185 der Statistik des Deutschen Reiches enthält die Kriminalstatistik für das Jahr 1906. (Die Statistik läßt sich mit dergleichen Zusammenstellungen Zeit.) Diese Statistik behandelt in drei Tabellen hauptsächlich die rechtskräftig erledigten Strafsachen wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze nach dem Sitze des erkennenden Gerichts, die Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze nach dem Orte der Tat und die persönlichen Verhältnisse der wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze Verurteilten.

Nachfolgende zahlenmäßige Feststellungen und Vergleiche mit früheren Zählungen wäre besonders hervorzuheben. 1882 wurden insgesamt 315,849, 1906

524,113 Personen

(mit Ausnahme der wegen Wehrpflichtverletzung Bestraften) wegen Verbrechen und Vergehen verurteilt. Das bedeutet bei Berücksichtigung der Ziffer der strafmündigen Zivilbevölkerung eine Steigerung der Verurteiltenziffer um 23,4 vom Hundert. Diese Steigerung setzte besonders von 1892 an mit 15,4 vom Hundert ein; bis dahin hatte sie nur 7,7 vom Hundert betragen. Von 1905 bis 1906 ist die Verurteiltenziffer um 2,0 vom Hundert gestiegen.

Bei den Jugendlichen

ist die Kriminalität in noch höherem Maße gestiegen als bei der Gesamtheit, denn dort sind die Verurteilungen von 1882 (= 30,719) bis 1906 (= 55,270) um 34,5 vom Hundert gestiegen. Von 1905 zu 1906 hat sich die Verurteiltenziffer um 4,2 vom Hundert vermehrt, wobei die Zunahme der gesamten strafbaren Handlungen lediglich dem männlichen Geschlechte zuzuschreiben ist. Die Zahl der männlichen Verurteilten ist im Jahre 1906 im Vergleich zu 1882 um 29,1 vom Hundert gestiegen, die der weiblichen dagegen um 1,3 vom Hundert zurückgegangen. Aehnlich ist das Verhältnis bei den Jugendlichen. Bei ihnen ist die Zahl der weiblichen Verurteilten gegen 1902 ebenfalls gefallen, und zwar um 1,0 vom Hundert, die der männlichen dagegen um 43,5 vom Hundert gewachsen.

Die Steigerung der Kriminalität ist hauptsächlich auf eine Zunahme des

gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Verbrechertums

zurückzuführen, denn unter den Verurteilten hat in den 25 Jahren die Zunahme bei der Gesamtzahl der Vorbestraften 184,6 vom Hundert (darunter bei den weiblichen Personen 83,9 vom Hundert), bei der Gesamtheit der Verurteilten ohne Vorstrafen dagegen nur 24,1 vom Hundert (darunter bei den weiblichen 18,7 vom Hundert) betragen. Bei den Jugendlichen ist ebenfalls die Steigerung besonders bei denen mit Vorstrafen in erheblicher Weise erfolgt (seit 1889 mit 34,0 vom Hundert); bei den Jugendlichen ohne Vorstrafen beträgt die Zunahme 22,6 vom Hundert).

Weiter sei erwähnt, daß die Höhe der zu Zuchthaus Verurteilten seit 1882 um 55,6 vom Hundert abgenommen hat. Desgleichen ist die Zahl der zu Gefängnis Verurteilten, und zwar bei der Gesamtheit, seit 1882 um 16,7 vom Hundert, bei den Jugendlichen seit 1889 um 15,9 vom Hundert zurückgegangen. Unter den einzelnen Strafarten treten im Berichtsjahre 1906 mit den höchsten Verurteilungen hervor: gefährliche Körperverletzung mit 97,943 Personen, einfacher Diebstahl mit 76,361 Personen, Beleidigung mit 61,047 Personen, leichte Körperverletzung mit 28,446 Personen und Hausfriedensbruch mit 25,624 Personen.

Wenn in bezug auf die Beteiligung an der Kriminalität im Jahre 1906 die

persönlichen Verhältnisse der Verurteilten

betrachtet werden, so ergibt sich, daß dem Berufe nach verurteilt wurden: 94,043 Erwerbstätige in der Landwirtschaft, 225,795 Erwerbstätige in der Industrie, 87,050 Erwerbstätige in Handel und Verkehr, 77,171 Erwerbstätige im öffentlichen Dienste und in freien Berufsarten, 47,152 Arbeiter und Tagelöhner, 7620 häusliche Dienstboten und 17,129 Selbstständige ohne Beruf und Berufsangabe. Von den Verurteilten waren 301,364 evangelisch, 223,306 katholisch und 5160 jüdisch.

Dem Familienstand und Alter nach befanden sich unter den Verurteilten Ledige, Verwitwete und Geschiedene: im Alter von 21 bis unter 40 Jahren 139,469, im Alter von 40 bis unter 60 Jahren 21,516, im Alter von 60 und mehr Jahren 4453, Verheiratete im Alter von 21 bis unter 40 Jahren 147,296, im Alter von 40 bis unter 60 Jahren 62,074, im Alter von 60 und mehr Jahren 8157.

Wegen Vergehens

gegen die Arbeiterschutzbestimmungen

wurden im Jahre 1906 insgesamt 21,291 Personen verurteilt. Davon wurden 62 mit Verweis, 21,181 mit Geldstrafe, 20 mit Haft und 28 mit Gefängnis bestraft. Am häufigsten wurde gegen die Bestimmungen über die Sonntagsruhe gefehlt; aus diesem Grunde wurden 9698 Personen verurteilt. Die demnächst zahlreichsten Bestrafungen beziehen sich auf Vergehen gegen den Kinderschutz nach dem Kinderschutzgesetz und erreichen die Höhe von 3296. Wegen Vergehen gegen Jugend- und Kinderschutz nach der Gewerbeordnung haben 1150 Verurteilungen stattgefunden.

Hamburg, 19. Februar. An Stelle des verstorbenen Bürgermeisters Dr. Stammann ist der Syndikus der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft **Dr. Mumssen** zum Senator gewählt worden.

Eine Zirkus Busch-Generalprobe

hielt das Agrariertum gestern im Reichstage ab. In der Sitzung herrschte jener fröhlich-derbe Ton, jene Ulkstimmung, gewürzt mit Stallgeruch, die der „landwirtschaftlichen Woche" das Kolorit geben. Der Anlaß zu der karnevalistisch angehauchten Debatte gab der Antrag der Sozialdemokraten auf reichsgesetzliche Beseitigung der Gesindeordnungen und Gewährung des Koalitionsrechts für die landwirtschaftlichen Arbeiter, dessen Beratung gestern fortgesetzt wurde.

Die Agrarier hatten zur Bekämpfung dieses ihnen natürlich sehr unbequemen Antrages Herrn Lebrecht Arendt aus „Ostpreußen", Domänenpächter in Spannegeln und Vertreter des Wahlkreises Labiau-Wehlau, vorgeschickt. Die urkomische Rede, die der alte Herr hielt, konnten wir im Abendblatt nur andeuten, weil ob des brüllenden Beifalls der Konservativen nach jedem Satze kein Wort mehr auf der Tribüne zu verstehen war. Wir geben daher, um unseren Lesern eine heitere Viertelstunde in dieser bösen Zeit zu bereiten, die Rede hier ausführlicher wieder.

Herr Arendt, der durch diese Rede mit einem Schlage ein gefährlicher Rivale seines Namensvetters, des Silber-Otto, geworden ist, sprach also:

Herr Gothein behauptet, die ländlichen Arbeitgeber behandeln die Arbeiter schlecht, löhnen sie schlecht und geben ihnen schlechte Wohnungen. Schlechte Behandlung, die gibt's ja gar nicht. Die Leute bleiben ja nicht mehr auf dem Lande, die Großstadt hat sie verblendet, der Asphalt, das elektrische Licht, die Kneipen und der Klimbim. Und die schlechten Löhne? Der Barlohn ist in der Stadt höher, aber auf dem Lande kriegen die Leute alles geliefert, was im Katechismus steht. (Heiterkeit.) Nun die schlechten Wohnungen? Ja, im Villenstil haben wir keine Wohnungen (Heiterkeit), und ich habe auch schon in einem Zimmer zwei Mutterschafe mit kleinen Lämmern gefunden. (Große Heiterkeit.) Die Frau sagte mir: Das ist so bequem, und außerdem machen die Schäfchen eine warme Stube. (Heiterkeit.)

In der Stadt aber wohnen die Familien unten im Keller, wo nicht Sonne und Mond hineinscheint, oder fünf Treppen, und da ist es auf der Sonnenseite auch nicht gerade angenehm. Hauptsächlich aber wohnen sie nur in der Küche, und in den anderen Räumen hausen zwar nicht Schweine oder Schafe, aber Schlafburschen zweierlei Geschlechts. (Stürmische Heiterkeit.)

Der Antrag bezweckt nur den Zukunftsstaat. Im römischen Staat hat es geheißen: panem et circenses! Die Leute wollen sich amüsieren — nun schön, treibt euch im Zirkus herum. (Große Heiterkeit.) Die Römer holten sich aus Afrika ihre Sklaven und bestellten damit ihre Ländereien oder machten sich Kriegsgefangene hier im Norden und so ähnlich. (Große Heiterkeit.) Das können wir aber nicht, denn wir sind hier alle Arbeiter. Ich bin ein Freund meiner Arbeiter, und diese sind Freunde von mir. Kommt zu uns ein Agitator, dann sagen sie ihm „Man weg von hier!" Nach der Reichstagsauflösung hat bei uns ein Bauer sich hergegeben zu agitieren und als ihn die Bauern mit in den Krug nahmen und ihn fragten: Wie kommst du dazu, du schneidest dich doch ins eigene Fleisch, da sagte er: Ja, es sind schlechte Zeiten; ich kriege 15 Mark dafür, aber daß ich denen das glaube, was sie mir sagen, das können sie nicht verlangen. (Große Heiterkeit und stürmischer Beifall rechts.)

Man würde die unbeabsichtigte Wirkung dieser Rede „und so ähnlich" abschwächen, wollte man das Zeug widerlegen. Der Abgeordnete Zubeil (Sozialdemokrat) unterzog sich dieser überflüssigen Mühe. Er wurde darob von dem Antisemiten Werner in dem üblichen antisemitischen Radautone anfrakehilt, und als Herr Zubeil sehr unsanft antwortete, fühlte Herr Werner sich gekränkt und krakehlte den Vizepräsidenten Kämpf an, der ihn nicht beschützt hatte. Die Folge waren zwei Ordnungsrufe für den ungebärdigen Antisemitenhäuptling.

Der Abgeordnete Stadthagen (Sozialdemokrat), der zur Sache sprechen wollte, wurde von der Rechten mit einem wahren Indianergeheul empfangen; kurz, die Agrarier, die es lieben, sich als die Erbpächter des guten parlamentarischen Tones in allen Lebenslagen aufzuspielen, „benahmen" sich wieder einmal. Zu ihrem tiefen Schmerz wurde aber der Antrag Albrecht nicht abgelehnt, sondern in namentlicher Abstimmung mit 219 gegen 106 Stimmen einer Kommission überwiesen.

Es folgte ein gegen das preußische Enteignungsgesetz gerichteter Antrag der Polen, der von den Rednern der Polen, des Zentrums, der Sozialdemokraten und der freisinnigen Vereinigung gleichermaßen befürwortet wurde. Dann vertagte sich das Haus bis zum nächsten Mittwoch. Kleine Etats und kleine Vorlagen stehen auf der Tagesordnung.

Das Abgeordnetenhaus

nahm gestern in dritter Lesung das Besoldungsgesetz für die katholischen Geistlichen an. Der Abgeordnete Hoffmann (soz.) verlas einen Brief, in dem sieben niedere katholische Geistliche sich um Hilfe an „die sozialdemokratische Fraktion in Berlin" wenden. Vom Zentrum, in dem man sich stark beunruhigt fühlte, wurde dem Verdacht Ausdruck gegeben, daß der Redner mystifiziert worden sei. Herr Hoffmann las zum Beweise für seine Behauptung, daß der hohe Klerus im Ueberfluß lebe, während die niedere Geistlichkeit darbe, ein sehr leckeres Menu von einer Bischofskonferenz in Köln vor und wandte sich dann gegen den Block, der aus Angst vor dem Zentrum jeden Wunsch der Regierung erfülle.

Man begann dann die Beratung der Deckungsgesetze zur Bereitstellung der Mittel für die Beamtenaufbesserung. Man erlebte hier dasselbe Schauspiel wie bei den Besoldungsgesetzen: Die Redner der einzelnen Parteien lobten die Kommissionsbeschlüsse und das Kompromiß über den grünen Klee, und der Finanzminister dankte in hohen Tönen für die Einmütigkeit, die in der Kommission geherrscht habe. Heute wird die Beratung fortgesetzt.

Die „Einigung".

In der gestrigen Sitzung der Steuerfubkommission, schreibt die „Neue Politische Korrespondenz", sind sicherem Vernehmen nach Beschlüsse zustande gekommen, die eine Einigung in der Frage der direkten Besteuerung in Aussicht stellen.

Der entrüstete Botschafter.

Der kaiserliche Botschafter in Paris Fürst v. Radolin erklärt in einem beim Auswärtigen Amt eingegangenen Telegramm, daß er der Veröffentlichung einer allerhöchsten Depesche in der Zeitung „Le Matin" völlig fernstehe. Gleichzeitig gibt der Botschafter seiner Entrüstung darüber Ausdruck, daß die Zeitung illoyalerweise einen mit seinem Namen gezeichneten Kommentar hinzugefügt habe.

Der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser

gibt soeben seinen Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1908/09 heraus, der wieder ein sehr reiches und interessantes Material über alle den Detailhandel und die Mittelstandspolitik berührenden Fragen enthält. Der Verband hat auch in diesem Geschäftsjahr wieder eine sehr umfangreiche Tätigkeit auf allen Gebieten entfaltet. Zunächst wird eingehend die allgemeine Wirtschaftslage des Jahres 1908 und sodann die Mittelstandsbewegung besprochen. Ferner werden die Warenhaus- und Gemeindegewerbesteuern in den deutschen Bundesstaaten, der neue Entwurf eines Wettbewerbsgesetzes, das Bauordnungswesen, das Reichsgesetz über den Versicherungsvertrag, die Entwürfe zu den neuen Reichsfinanzgesetzen, die Konventionen und Kartelle, die Regelung des Konservenhandels, die Fragen der Detaillistenkammern und der Detailhandelsberufsgenossenschaft behandelt. Aus dem sozialpolitischen Teil des Berichts seien die Regelung der Arbeitszeit in Konfektions- und Putzwerkstätten, der Kampf um den § 63 des Handelsgesetzbuches, ferner die Frage der Konkurrenzklausel, der Arbeitskammergesetzentwurf, die Privatangestelltenversicherungsfrage sowie die Untersuchung über die soziale Lage der Angestellten der Waren- und Kaufhäuser hervorgehoben. Als Anhang sind Entscheidungen in Warenhausteuersachen, der neue Entwurf gegen den unlauteren Wettbewerb und die Novelle zur Gewerbeordnung abgedruckt.

Der tschechische Boykott.

Die Boykottierung der deutschen Industrie durch die Tschechen wird fortgesetzt. So wurde von der Stadt Prag für die Lieferung von 24 Kilometer Schienen der städtischen elektrischen Straßenbahnen die Offertenausschreibung erneuert, weil die billigste Offerte des belgischen Werkes Urggre einen längeren Termin erforderte. Die Offerte des deutschen Stahlverbandes wurde nicht berücksichtigt, weil, wie in einem tschechischen Zeitungsbericht erklärt wird, es sich um ein fremdes Unternehmen handle. Ebenso blieb das Angebot der österreichischen Alpinen Montangesellschaft und der Prager Eisenindustrie, die beide deutsche Unternehmungen sind, unberücksichtigt.

Mobilmachung in Bulgarien?

Aus Sofia wird berichtet: Der türkische Geschäftsträger Refik-Bei erkundigte sich im bulgarischen Ministerium des Aeußeren über die neuerdings in bulgarischen Blättern aufgetauchten Gerüchte von einer bevorstehenden Mobilisierung einer oder mehrerer bulgarischer Divisionen. Der Geschäftsträger klagte zugleich über die unfreundliche Sprache der offiziösen bulgarischen Blätter gegenüber dem neuen türkischen Kabinett. Der Vertreter des abwesenden Ministers gab beruhigende Versicherungen und erklärte die von Refik Bei erwähnten Gerüchte für unbegründet.

Ist Peter amtsmüde?

Nach Meldungen aus Belgrad teilte in der letzten Sitzung des altradikalen Klubs Paschitsch mit, daß ihn König Peter gebeten habe, ein Einvernehmen mit den Jungradikalen zu erzielen, da er nicht Zeuge der Kämpfe der politischen Parteien sein wolle und fest entschlossen sei, zugunsten des Kronprinzen Georg abzudanken. Er hoffe, daß es diesem vielleicht eher gelingen werde, den Parteizwistigkeiten ein Ende zu bereiten. Bald darauf verbreitete sich in Belgrad und Semlin das Gerücht, daß der König abzudanken gedenke.

Wie weiter aus Belgrad berichtet wird, nahm die Stupschtina gestern mit 61 gegen 33 Stimmen eine Tagesordnung an, durch die dem Volkswirtschaftsminister Glawinitsch das Mißtrauen ausgesprochen wird. Man erwartet, daß das gesamte Kabinett demissionieren werde.

Der gefangene Prinz.

Nach einer Meldung aus Teheran ist der 29jährige persische Prinz Schua es Sultaneh, der älteste Bruder des Schahs, der soeben aus Europa zurückkehrte und am Dienstag in Reschd eintraf, von den dortigen Revolutionären gefangen genommen worden. Er soll nur gegen ein Lösegeld von tausend Pfund freigelassen werden.

Prag, 19. Februar. In Schlan sind 30 Unteroffiziere hiesiger tschechischer Regimenter bei einer **antimilitaristischen Geheimversammlung** überrascht und verhaftet worden. Sie wurden dem Militärgericht eingeliefert. Im Zusammenhang mit den Vorfällen der letzten Zeit erregt diese Verhaftung großes Aufsehen.

Wien, 19. Februar. **Fürst Ferdinand von Bulgarien** befindet sich noch in Wien. Er reist von hier nach Petersburg zu den Leichenfeierlichkeiten für den Großfürsten Wladimir.

Paris, 19. Februar. Die Kammer hat für die Opfer des Erdbebens in Süditalien einstimmig einen Kredit von einer Million Francs bewilligt.